

Lothar Mark, MdB Unser Mannemer in Berlin



Newsletter des Bundestagsabgeordneten Lothar Mark

Themen u. a.:

- Gesundheitsreform
- Postschließungen in Mannheim
- Land kürzt im Nahverkehr
- Udo List bei Betriebsrätekonferenz
- Zuschüsse für Jugendarbeit
- Lateinamerika: Kolumbien, Peru, Venezuela, Bolivien
- Sonderbriefmarke Schütte-Lanz?
- dm spendet 15000,- Euro an Mannheimer Projekte

In dieser Ausgabe:

Gesundheitsreform	1
Lothar Mark: Institut für Technische Informatik soll zur Hochschule MA	2
Postschließungen in Mannheim: Steinbrück nimmt Stellung	2
Land kürzt im Nahverkehr unverträglich	3
„Mannemer Lieder“ in Humboldt-Realschule	3
GBG-Mannheim erhält Preis „Soziale Stadt“	3
Udo List bei Betriebsrätekonferenz	4
Südwestmetall: Geld für CDU und FDP	4
Kolumbianische Außenministerin zurückgetreten	5
Haushalt 2007: Etaterhöhung für Goethe-Institut	5
Mannheimer Bundestagsabgeordneter im „Who´s Who 2007“	5
Gastfamilien gesucht	6
Zuschüsse für Jugendarbeit erhalten!	6
Wettbewerb „Mission Sustainability“	7
Ablehnung des Gesetzes über die Todesstrafe in Peru	7
Venezuela: Sondervollmachten für Chávez	8
Reform des Bildungswesens in Bolivien	8
Innovative und erfolgreiche Unternehmer gesucht	9
Sondermarke für Schütte-Lanz?	9
dm spendet 15 000,- Euro an drei Mannheimer Projekte	9
Dagmar Freitag, MdB zu Gast	10
Telefonsprechstunde	10

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, vor allem ein Thema hat die Bürgerinnen und Bürger, die Medien und die Politik in den vergangenen Wochen interessiert: Die Diskussion um die Gesundheitsreform. In den Gremien von Partei und Fraktion haben wir lange und oft darüber diskutiert. Die Mehrheit der Fraktion hat sich dazu entschlossen, dem Entwurf zuzustimmen, eine beachtliche Zahl sozialdemokratischer Abgeordneter konnte diesen Weg aufgrund erheblicher Bedenken jedoch nicht mitgehen. Mehr zu diesem Thema können Sie in dieser Ausgabe lesen.

Auch in Mannheim ist viel los: In einigen Stadtteilen sollen die Postfilialen geschlossen werden, die Existenz des Instituts für Technische Informatik der Uni ist noch immer nicht

gesichert und das Land kürzt im Nahverkehr. Meine Position zu diesen Themen können Sie hier ausführlich nachlesen.

Aber es gibt auch erfreuliches zu berichten in dieser Ausgabe: Die GBG wurde ausgezeichnet, den Mannheimer Schulen habe ich mit Joachim Schäfer und Rektor Weidlich „Mannemer Lieder“ vorgestellt und die Zuschüsse für die Jugendarbeit werden uns erhalten bleiben.

Auch in Lateinamerika ist viel in Bewegung. Aus meinen zahlreichen Aktivitäten berichte ich dieses Mal über Kolumbien, Peru, Venezuela und Bolivien.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihr

Lothar Mark



Lothar Mark stimmt gegen Gesundheitsreform

Lothar Mark hat am 2. Februar im Bundestag gegen das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz, die sogenannte Gesundheitsreform, gestimmt. Gemeinsam mit sieben weiteren SPD-Abgeordneten hat er in einer persönlichen Erklärung seine Gründe für die Ablehnung dargelegt. Darin erläutern die Parlamentarier, dass die Gesundheitsreform ihrer Auffas-

sung nach die Solidarität in der GKV schwächt und zu einer einseitigen Belastung der gesetzlich Versicherten führt. Gleichzeitig sei zu befürchten, dass es zu Leistungsausgrenzungen für GKV-Versicherte komme. Zudem seien Teile des Gesetzes haushaltspolitisch nicht abgesichert. Einzelne Strukturreformen seien zwar durchaus positiv zu be-

werten, das Ergebnis der Gesundheitsreform als Kompromiss innerhalb der großen Koalition sei jedoch enttäuschend und nicht zielführend. Im Einzelnen begründen die Abgeordneten ihre Ablehnung mit acht Punkten, die detailliert aufgeführt sind.

Den vollständigen Text der Erklärung finden Sie unter www.lothar-mark.de.

Lothar Mark: Institut für Technische Informatik soll zur Hochschule Mannheim



Studenten tragen die Uni zu Grabe

Offenbar gibt das Rektorat der Universität der Technischen Informatik (TI) in ihrer jetzigen Form keine Chance. Daher muss man Alternativen aufzeigen, die diese Kompetenz in Mannheim erhalten und eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung sichern. Wie in der Presse zu lesen, ist offenbar daran gedacht, die TI an die Universität Heidelberg anzugliedern und räumlich zunächst das Gebäude in Mannheim weiter zu nutzen.

Eine solche Lösung ist aus mehreren Gründen nicht zielführend: Zum einen benötigt eine leistungsfähige TI immer eine unmittelbare Verbindung zu ingenieurtechnischen, insbesondere elektrotechnischen Fakultäten – diese sind in Heidelberg nicht vorhanden. Diese Lösung wäre also der Tod auf Raten für die Technische Informatik.

Bereits mehrfach hat sich Lothar Mark an Ministerpräsident Oettinger und Minister Prof. Dr.

Frankenberg gewandt und gefordert, die TI an die Hochschule Mannheim anzugliedern. Eine institutionell abgesicherte Zusammenführung der TI mit der ingenieurtechnischen Basis der FH Mannheim scheint die einzige Lösung zu sein, die die Existenz der TI auch langfristig sichert.

Die FH hat sich zu einer Spitzenhochschule entwickelt: In den Bereichen Elektrotechnik, Informatik und Informationstechnik gehört sie zu den herausragenden deutschen Fachhochschulen. Dies kann man u. a. an besonderen Leistungen in der angewandten Forschung und im Technologietransfer festmachen. So wurde z.B. Ende des Jahres 2006 der Masterstudiengang Informationstechnik vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und vom DAAD ausgezeichnet.

Vor diesem Hintergrund gilt es, die bestehende gute Kooperation zwischen dem Institut für Technische Informatik der

Universität und der FH Mannheim systematisch weiterzuentwickeln.

Beachtet man weiterhin, dass an der Medizinischen Fakultät Mannheim der Uni Heidelberg die vorklinischen Bereiche ausgebaut werden und dass hier seit langem sehr fruchtbare Kooperationen mit der FH Mannheim und der TI bestehen, könnte in einer sinnvollen Bündelung und einer innovativen institutionellen neuen Verankerung der TI eine zielgerichtete und nachhaltige Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandortes Mannheim erreicht werden und der umfangreiche Ausbau der Hochschuleinrichtungen in Mannheim in einer ganz neuen Weise nutzbar gemacht werden. So könnten die so dringlich erforderlichen neuen Entwicklungsimpulse im Wissenschaftsbereich in einer sich orientierenden europäischen Metropolregion initiiert werden.

Postschließungen in Mannheim: Steinbrück nimmt Stellung



Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat auf den Brief von Lothar Mark reagiert und zu den Postschließungen in Mannheim Position bezogen.

Für den Minister genießt die „flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen [...] einen hohen Stellenwert.“ Laut Post-Universaldienstleistungsordnung (PUDLV) sei die Post verpflichtet, 12 000 Filialen zu betreiben. Davon müssten allerdings lediglich 5 000 mit unternehmenseigenem Personal betrieben werden, so der Minister. Dem Wettbewerb, der durch den Wegfall des Briefmonopols noch verstärkt werde, müsse auch die Post Rechnung tragen, indem sie unrentable Filialen in Agenturen umwandle. Da die Post ein mehrheitlich privates Unternehmen sei, obliege es ihrer

unternehmerischen Gestaltungsfreiheit, ob und welche Filialen sie in Agenturen umwandle. Allerdings sei zugesagt worden, dass die Filialen in Schönau, Schwetzingenstadt und Feudenheim erst dann geschlossen würden, wenn Standort und Eröffnungszeitpunkt der Agenturen feststehe.

Für Lothar Mark ist der Fall mit der Antwort des Ministers noch nicht erledigt. Lothar Mark: „Wenn die Postfilialen tatsächlich so unrentabel sind, dann verstehe ich die langen Schlangen an den Schaltern nicht. Da die Filialen trotz voller Auslastung offenbar ungenügende Gewinne erwirtschaften, liegt der Fehler doch wohl beim Management und kann nicht auf dem Rücken der Kunden ausgetragen werden. Aber genau an diesem Punkt zeigt sich die dunkle Seite der

vielgelobten Privatisierung: Der *global player* Deutsche Post interessiert sich eben nicht für Otto Normalverbraucher aus Schönau, Schwetzingenstadt oder Feudenheim. Was wir heute schon bei der Post beobachten können, wird sich bei der Bahn fortsetzen, wenn diese wie geplant voll privatisiert wird und an die Börse geht.“

Im Dezember 2006 hatte sich Lothar Mark wegen der drohenden Postschließungen in Mannheim an Bundesfinanzminister Steinbrück gewandt. Mark übergab dem Minister die rund 2000 Unterschriften der Bürgerinnen und Bürgern aus den betroffenen Stadtteilen und forderte Steinbrück dazu auf, die Filialschließungen zu verhindern.

Außer Sonntagsreden nichts gewesen: Land kürzt im Nahverkehr unverträglich

„Die Landesregierung Baden-Württemberg kürzt im Schienenpersonennahverkehr unverträglich und unausgewogen. Sie nutzt ihren Handlungsspielraum zur Kompensation der Regionalisierungsmittel nicht. Das Land Baden-Württemberg erhält aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung Mehreinnahmen, die für den Nahverkehr eingesetzt werden könnten. Die Mehreinnahmen fließen nicht in den Nahverkehr, sondern in den allgemeinen Landeshaushalt. Diese Entscheidung geht zu Lasten der Fahrgäste und der Umwelt“, sagte Lothar Mark nach Bekanntgabe der Kürzungspläne.

„Ich kann und will nicht akzeptieren, dass die Kürzungen überdurchschnittlich heftig auch Mannheim und die Rhein-

Neckar-Region treffen“, so Mark weiter.

Die Länder insgesamt erhalten etwa im Jahr 2007 556,4 Millionen Euro weniger an Regionalisierungsmitteln, in der Summe werden ihre Haushalte aber 2007 durch die Maßnahmen des Haushaltsbegleitgesetzes um 5,8 Milliarden Euro – also um das 10fache – entlastet. Die Länder erhalten damit eine Kompensation für die Kürzungen der Regionalisierungsmittel und haben ausreichend Spielraum, eigene Mittel für den öffentlichen Personenverkehr einzusetzen.

„Die Landesregierung sollte sich ein Beispiel an den Ländern Bayern und Rheinland-Pfalz nehmen. Beide Länder haben auf Kürzungen im Nah-

verkehr verzichtet und Wege zur Kompensation gefunden. Wir wollen keine Sonntagsreden mehr hören, sondern Alternativen zum Streichkonzert auf den Tisch gelegt bekommen“, so Mark.

Die Kürzung der Regionalisierungsmittel auf Bundesebene war eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD.

Die SPD-Landtagsfraktion wird bei den aktuellen Haushaltsberatungen die Rücknahme der Bahnkürzungen beantragen und dafür eigene Finanzierungsvorschläge vorlegen. Dann müssen die Abgeordneten von CDU und FDP Farbe bekennen.



Nahverkehr: Auch künftig noch in voller Fahrt?

„Mannemer Lieder“ in der Humboldt-Realschule

Der Mannheimer Musiker und Komponist Joachim Schäfer hat in der Humboldt-Realschule Lieder im Kurpfälzer Dialekt präsentiert. Dazu waren die Schülerinnen und Schüler sowie die Musiklehrer aller Mannheimer Schulen eingeladen.

Das Projekt ist eine gemeinsame Initiative von Joachim Schäfer, Lothar Mark und Rainer Weidlich, Rektor der Humboldt-Realschule.

Gerade bei Jugendlichen sind die Mundart-Lieder kaum noch bekannt. Lothar Mark, Joachim Schäfer und Rainer Weidlich haben dies zum Anlass genommen, gemeinsam etwas dagegen zu tun. Mit der Interpretation der Lieder durch Joachim Schäfer war eine Spende von 25 Noten- und Textbüchlein sowie einer CD je Schule verbunden. So kann im Musikunterricht das ein oder andere Mannheimer Lied ins Repertoire übernommen werden.

Lothar Mark: „Mannheim ist mittlerweile eine feste Größe in der Pop-Musik. Mit Musikern wie Laith Al-Deen oder Xavier Naidoo prägen prominente Vertreter der Stadt die deutsche Musik-Szene. Das ist gut so, darüber freue ich mich und darauf kann Mannheim stolz sein. Allerdings dürfen wir darüber nicht das traditionelle Liedgut im Kurpfälzer Dialekt und die vielen „Mannemer Lieder“ vernachlässigen.“

„Wir dürfen das traditionelle Liedgut im Kurpfälzer Dialekt und die vielen „Mannemer Lieder“ nicht vernachlässigen.“

GBG - Mannheim erhält Preis „Soziale Stadt“

Die Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft wurde in Berlin mit dem Preis „Soziale Stadt“ für ihr Projekt „Mobile Wohnbegleithilfe“ ausgezeichnet. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ wurde 1999 ins Leben gerufen, um der zunehmenden sozialen und räumlichen Spaltung in den Städten entgegenzuwirken.

Mit dem Projekt, das nun in Berlin prämiert wurde, bietet die Wohnungsbaugesellschaft

der Stadt Mannheim umfangreiche Hilfestellungen an, um insbesondere älteren Mietern auch für die Zukunft ein selbständiges Wohnen zu ermöglichen. Älteren, Behinderten oder anderweitig benachteiligten Bewohnern erleichtert die „Mobile Wohnbegleithilfe“ unter anderem Behördengänge und fördert gemeinschaftliche Aktivitäten.

Lothar Mark: „Die Jury des Programms ‘Soziale Stadt’ hat

mit der Auszeichnung anerkannt, dass in Mannheim eine wichtige Unterstützung für benachteiligte Menschen geleistet und dadurch ein Stück Lebensqualität für die Betroffenen gesichert wird. Ich beglückwünsche die Verantwortlichen zu ihrem beispielhaften Projekt und freue mich, dass der innovative Ansatz der Wohnungsbaugesellschaft auch über die Stadtgrenzen hinaus Anerkennung findet.“

Udo List bei Betriebsrätekonferenz in Berlin



Auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion trafen sich 400 Betriebsräte aus der gesamten Republik in Berlin. Durch Vermittlung von Lothar Mark nahm aus Mannheim der Betriebsratsvorsitzende der Fa. Goldschmidt, Udo List, an der Betriebs- und Personalrätekonferenz im Berliner Reichstag teil.

Am Vormittag standen die Reformen zur Weiterentwicklung des Sozialstaats sowie zur Stärkung der Beteiligungsrechte auf europäischer Ebene im Mittelpunkt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Peter Struck zog in seiner Rede eine Bilanz der Regierungsarbeit und hob dabei insbesondere die Anforderungen an einen vorsorgenden Sozialstaat hervor.

Die Stärkung der Beteiligungsrechte von Arbeitnehmern unterstrich Reiner Hoffmann, stv. Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, in seinem Vortrag.

Auch Klaus Brandner, Arbeits- und Sozialpolitischer Sprecher der Fraktion, wies auf die großen Herausforderungen durch die Globalisierung hin. Die Betriebsrätekonferenzen dienen dazu, den Austausch zu fördern, Aktuelles aus der Praxis vorzubringen und von der Politik die notwendige Unterstützung ein-



zufordern.

Schwerpunktthema am Nachmittag war die Unternehmenssteuerreform, die von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück vorgestellt wurde. Durch seine humorvolle Art gelang es Steinbrück, das eher trockene und komplizierte Steuerrecht mit den Betriebsräten in lockerer Atmosphäre zu diskutieren. Für die geplante Unternehmenssteuerreform erntete der Bundesfinanzminister viel Zustimmung, aber auch kritische Anmerkungen. Steinbrück betonte, ein guter Standort zeichne sich nicht nur durch eine hohe Kapitalrendite aus, sondern insbesondere auch durch soziale

Standards. Deshalb müsse zum Beispiel bei der steuerlichen Regelung die Absetzbarkeit der Kosten von Auslandsinvestitionen auf den Prüfstand. Insbesondere diejenigen Unternehmen seien erfolgreich, die ihre Beschäftigten nicht nur unter Kostengesichtspunkten betrachteten, sondern auf Qualität setzten. Nicht billiger, sondern besser sei hier das Motto, so das einhellige Fazit.

Udo List bedankte sich bei Lothar Mark für die Einladung nach Berlin. Er habe vor allem die Gelegenheit zum Austausch mit Abgeordneten und Kollegen genutzt und sich den einen oder anderen Rat eingeholt.

Südwestmetall: Geld für CDU und FDP



Laut Parteiengesetz sind Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50 000 Euro überschreiten, dem Bundestagspräsidenten zu melden. Sie werden dann unter Nennung von Spender und Begünstigtem veröffentlicht.

Im Dezember muss bei CDU und FDP große Freude aufgenommen sein: Südwestmetall, der Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Würt-

temberg, spendete 200.000,- Euro an die Union und nochmals 100.000,- Euro an die FDP. Alle anderen Parteien gingen leer aus.

Unternehmen und Verbände spenden jährlich in zweistelliger Millionenhöhe an die Bundestagsparteien. Eine Analyse der IG Metall hat ergeben, dass die Metall-Arbeitgeberverbände dabei an der Spitze stehen:

Im Jahr 2003 spendeten sie 1,1 Millionen Euro, davon 1 Million für CDU, CSU und FDP, 100.000 Euro für SPD und Grüne.

Die politische Präferenz der Metall-Arbeitgeber bleibt damit ganz eindeutig bei Union und FDP. Zu diesen Spenden kommen Projekte wie die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, die ebenfalls Stimmung für Union und FDP machen.

Kolumbianische Außenministerin zurückgetreten

Die kolumbianische Außenministerin María Consuelo Araújo ist wegen mutmaßlicher Verbindungen ihrer Familie zu den rechtsgerichteten Paramilitärs von ihrem Amt zurückgetreten. Araújo's Bruder, der konservative Senator Álvaro Araújo Castro, war zuvor zusammen mit vier weiteren Abgeordneten festgenommen worden. Auch gegen den Vater der Ministerin, Álvaro Araújo Noguera, und ein weiteres Familienmitglied ermittelt die kolumbianische Staatsanwaltschaft wegen der möglichen Zusammenarbeit und Finanzierung der paramilitärischen Vereinigten Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens (AUC).

Lothar Mark, Lateinamerikabeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion, beurteilt diesen Schritt durchaus positiv und äußert sich anerkennend: „Ich habe Ministerin Araújo erst kürzlich zu einem sehr konstruktiven Gespräch getroffen

und bedaure daher ihren Rücktritt. Ich respektiere jedoch ihre Entscheidung, denn auch wenn Frau Araújo nichts mit den Vorwürfen und Entwicklungen der Familienmitglieder zu tun hat, und es sich hier um individuelle Verantwortlichkeiten handelt, so waren durch die jüngsten Untersuchungen des Obersten Gerichtshofes die Repräsentativität und Objektivität ihrer politischen Amtsausübung gefährdet“.

Präsident Álvaro Uribe hatte sich bislang demonstrativ hinter seine Ministerin gestellt, die das Amt erst vor einem halben Jahr übernommen hatte. Als Nachfolger ernannte der Präsident nun den 51-jährigen Fernando Araújo, der vor wenigen Wochen aus sechsjähriger Gefangenschaft der Guerillaorganisation der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) entkommen konnte. Der neue Minister ist trotz der Namens-

gleichheit nicht mit seiner Vorgängerin verwandt.

„Die Regierung Uribe ist seit Beginn der Friedensverhandlungen immer wieder mit Vorwürfen über enge Kontakte und die Zusammenarbeit von konservativen Politikern mit den paramilitärischen Gruppen konfrontiert und gerät durch die jetzigen Entwicklungen unter Druck“, so Mark weiter. „Für den weiteren Verlauf des kolumbianischen Friedensprozesses ist es jedoch unabdingbar, dass die Regierung glaubhaft darstellt, dass sie keine Verbindungen zu terroristischen, repressiven Vereinigungen unterhält oder unterstützt. Dies bedeutet an erster Stelle selbstverständlich einen hohen ethischen Anspruch an die politischen Mandatsträger, die unabhängig und frei von jeglichem Verdacht sein müssen. Dies gilt auch für Ministerin Araújo“.



María Consuelo Araújo

„Für den weiteren Verlauf des kolumbianischen Friedensprozesses ist es jedoch unabdingbar, dass die Regierung glaubhaft darstellt, dass sie keine Verbindungen zu terroristischen, repressiven Vereinigungen unterhält oder unterstützt.“

Haushalt 2007: Etaterhöhung für Goethe-Institut

Im Haushaltjahr 2007 wird der Etat des Goethe-Institutes (GI) um 13,5 Millionen Euro steigen. Das Goethe-Institut unterhält Länderbüros in zahlreichen Staaten und ist eine zentrale Säule der Auswärtigen Kulturpolitik der Bundesregierung.

Als Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages hat sich Lothar Mark nachdrücklich – und auch mit Erfolg – für eine angemessene finanzielle Ausstattung des Goethe-Institutes eingesetzt. Auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier unter-

stützt die Arbeit des GI und hat eine „Trendwende“ in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik angekündigt.

Die Erwartungen, die für die kommenden Jahre an das Goethe-Institut gestellt werden, sind hoch. Die institutionelle Förderung für 2007 wird den weitgehenden Erhalt des bestehenden Institutsnetzes ermöglichen. Mit Hilfe von 3,5 Millionen Euro werden sogar Präsenzen in Wachstumsregionen wie China, Asien und den islamisch geprägten Ländern des Nahen und Mittleren Ostens ausge-

baut werden können. Allerdings ist mit den höheren Zuweisungen für 2007 auch ein „Reformkonzept Goethe-Institut“ verbunden. „Das Institut hat über Jahre ein strukturelles Defizit wie eine Bugwelle vor sich hergeschoben“, so Lothar Mark. Das Reformkonzept sieht unter anderem eine Umstrukturierung der Münchener Zentrale sowie eine bessere Kooperation mit anderen Einrichtungen in der Kulturarbeit vor Ort vor. Ein Schwerpunkt soll auch in Zukunft die Dialogarbeit vor Ort in den einzelnen Ländern sein.



Lothar Mark mit der Präsidentin des Goethe-Institutes, Prof. Dr. Limbach

Mannheimer Bundestagsabgeordneter im „Who´s Who 2007“

Im neuen „Who´s Who – Namenstexte der Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Kultur“ ist auch ein Eintrag zu Lothar Mark zu finden. Auf Seite 610, direkt unter der Biografie von

Marie-Luise Marjan, der „Mutter Beimer“ aus der Lindenstraße, finden sich ausführliche Informationen über Ausbildung, beruflichen und politischen Werdegang sowie Mitgliedschaften

des Mannheimers.

- Who´s Who – Namenstexte der Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Kultur, Berlin, Montreal, Singapore, Vienna 2006.



Lothar Mark will den Weg nach Mannheim weisen



Lothar Mark setzte sich in diesen Tagen in seiner Funktion als Mannheimer Abgeordneter für eine verbesserte Ausschilderung Mannheims in Frankfurt und Stuttgart ein.

Im Rahmen des Internetforums „abgeordnetenwatch.de“ hatte sich ein engagierter Mannheimer Autofahrer mit dem Hinweis an Lothar Mark gewandt, im Raum Frankfurt und Stuttgart fehlten Wegweiser nach Mannheim. Die Ausschilderung beginne auf der Autobahnstrecke Frankfurt-Mannheim frühestens vor dem Darmstädter Kreuz, auf der Autobahnstrecke Stuttgart-Mannheim erst kurz vor Heilbronn.

Der Weg nach Mannheim sollte jedoch früher ausgewiesen sein, so die Ansicht des Vielfahrers, Lothar Mark möge sich daher für eine bessere Beschilderung einsetzen. Lothar Mark hielt dies für eine ausgezeichnete Idee und unterstützte prompt das Anliegen des Mannheimers. Schließlich sei Mannheim durch die unmittelbare Anbindung an das europäische Autobahn-, Schienen- und Wasserstraßennetz einer der zentralen Verkehrsknotenpunkte innerhalb der Europäischen Union. Durch seine Standortvorteile für Handel, Industrie und Verkehr ist Mannheim der Mittelpunkt der Metropolregion und diese immerhin der siebt-

größte Wirtschaftsstandort in Deutschland.

Da die Ausführung der Straßenverkehrsordnung (StVO) und die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur StVO Ländersache sind, wandte sich Lothar Mark gemeinsam mit seinen beiden Mannheimer Landtagskollegen Dr. Frank Mentrup und Helen Heberer an die für Stuttgart und Frankfurt zuständigen Straßenverkehrsbehörden. Das SPD-Trio empfahl eine verbesserte Beschilderung des Weges nach Mannheim. Das Anliegen wird nun vonseiten der Verantwortlichen geprüft.

Amerikanische Schüler suchen Gastfamilien



Das Kapitol in Washington D.C.

Amerikanische Schülerinnen und Schüler im Alter von 16-18 Jahren suchen ab Mitte August 2007 eine deutsche Gastfamilie. Bis zum Juni 2008 werden sie als neues Familienmitglied in der Familie leben, eine weiterführende Schule besuchen und in die Wirklichkeit gleichaltiger deutscher Schülerinnen und Schüler eintauchen.

Die Teilnehmer sind Stipendiaten des „Parlamentarischen Patenschaftsprogramms“, mit dem der Deutsche Bundestag und der Amerikanische Kongress jungen Menschen aus Deutschland und Amerika die Gelegenheit geben, Kultur und Alltagsleben des jeweils anderen Landes vor Ort kennen zu

lernen. Kosten für Anreise, Versicherung sowie von der Austauschorganisation geplante Aktivitäten sind durch ein Vollstipendium abgedeckt. Jedem amerikanischen Austauschschüler wird ein Mitglied des Deutschen Bundestages als Pate zugeteilt.

Für ihren persönlichen Bedarf verfügen die Jugendlichen über Taschengeld. Für die Gastfamilien entstehen keine Kosten außer denen, die mit der Aufnahme eines zusätzlichen Familienmitgliedes im Haushalt automatisch verbunden sind.

Der Mannheimer Bundestagsabgeordnete Lothar Mark ist an diesem Programm seit 1999 beteiligt.

„Für die jungen Menschen spielt eine herzliche Aufnahme und die Einbeziehung in das Alltagsleben der Familie die Hauptrolle, so dass sich der Austauschschüler möglichst bald wie ein Familienmitglied in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar fühlen kann“, so der Wunsch Lothar Marks

Interessierte Familien, die ein Mädchen oder einen Jungen aus den USA aufnehmen wollen, wenden sich bitte an: Experiment e.V., Nicole Smeal Gluckstr. 1, 53115 Bonn, Tel.: 0228/9 57 22-21, weitere Infos unter www.experiment-ev.de

Zuschüsse für Jugendarbeit erhalten!

„Die Jugendorganisationen leisten besonders wichtige Beiträge zur Integration junger Menschen in unsere Gesellschaft.“

Im neuen Haushaltsgesetz für 2007 hatte die Landesregierung vorgesehen, die Zuschüsse für Jugendorganisationen drastisch zu kürzen. Daher hat sich Lothar Mark an Ministerpräsident Oettinger gewandt und gegen die Pläne protestiert: „Ich halte diesen Schritt für äußerst unklug. Die Jugendorganisationen leisten besonders

wichtige Beiträge zur Integration junger Menschen in unsere Gesellschaft. Wenn diese Organisationen, die finanziell ohnehin nicht auf Rosen gebettet sind, in Zukunft die wenigen Fördermittel weiter gekürzt bekommen, ist ihre Arbeit ernsthaft gefährdet.“ Folge wäre, dass Aktivitäten und Freizeitangebote reduziert werden müssen,

die Jugendorganisationen würden an Anziehungskraft verlieren.

In ihrer Antwort an Lothar Mark hat die Landesregierung eingeräumt, dass diese Einschnitte geplant waren, nun aber doch nicht realisiert würden. Offenbar hat die Empörung der Öffentlichkeit dafür gesorgt, die Pläne zu überdenken.

Wettbewerb „Mission Sustainability“

Zahlreiche kleine Ideen entfalten im Alltag oft große Wirkung. Der Wettbewerb „Mission Sustainability – Wir nehmen die Herausforderung an“ sucht und belohnt Einfallsreichtum für mehr Nachhaltigkeit im Alltag. Auch der Mannheimer Bundestagsabgeordnete Lothar Mark ruft dazu auf, sich aktiv an dem Wettbewerb zu beteiligen, den der Rat für Nachhaltige Entwicklung seit Dezember 2006 bis zum 31. August 2007 ausgerufen hat.

Mit der Aktion werden vor allem junge Menschen in Europa, aber auch überall auf der Welt, angesprochen und dazu aufgerufen, die Welt im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung umzugestalten. Dazu gehören auch kleine Veränderungen im Alltag eines jeden Menschen. „Die

Bürger müssen sich darüber bewusst sein, dass sie auch im Kleinen viel dazu beitragen können, unsere Zukunft und die unserer Nachkommen zu sichern. Wenn jeder einzelne in seinem Alltag mit kleinen Verhaltensänderungen dazu beiträgt, können wir schon viel erreichen“, so Lothar Mark über die Motivation zur Unterstützung des Wettbewerbs.

Erste Beiträge sind bereits auf der Internetplattform der Kampagne unter (www.mission-sustainability.org) eingegangen. Die Teilnahme an dem Wettbewerb ist direkt auf der Webseite möglich. Der Beitrag sollte die Idee kurz beschreiben und bildhaft, z. B. in Form von Fotos, Grafiken oder Zeichnungen, darstellen.

Die Bewertung der Beiträge erfolgt durch eine international besetzte Jury, welche die drei besten Ideen küren wird. Zusätzlich wird ein Publikumspreis vergeben, der per Internet-Voting ermittelt wird. Die 40 besten Beiträge werden veröffentlicht. Auch die für den Wettbewerb ausgelobten Preise orientieren sich ganz am Prinzip der Nachhaltigkeit: die Hauptpreise sind ökologisch vertretbare Produkte, wie z. B. ein Marken-Outfit aus Bio-Baumwolle, ein Fahrrad, eine Bahnreise zu einem europäischen Reiseziel sowie ein weiterer Publikumspreis. Weitere 36 Teilnehmer gewinnen ein Stück Regenwald, gesponsert von dem Verein „Rettet den Regenwald e.V.“.



Ablehnung des Gesetzes über die Todesstrafe in Peru

Das peruanische Parlament lehnte die Wiedereinführung der Todesstrafe im Falle von „Terrorismus“ ab.

Der Lateinamerikabeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Lothar Mark, begrüßte die Entscheidung der peruanischen Abgeordneten: „Ein möglicher Tatbestand des ‚Terrorismus‘ öffnet sehr schnell Türen, die nicht mehr einfach zu schließen sind. In jüngster Zeit offenbart sich immer wieder, dass die Definition von Terrorismus ein sehr breites und willkürlich festlegbares Spektrum umfassen kann. Darüber hinaus ist die Todesstrafe prinzipiell abzulehnen.“

Laut der peruanischen Verfassung besteht die Möglichkeit der Todesstrafe zwar für das Delikt des Landesverrats im Kriegsfall, die Strafe kann jedoch derzeit faktisch nicht verhängt werden, da das Strafgesetzbuch keine Regelungen dazu vorsieht. Das abgelehnte Gesetzesvorhaben der Regierung sah die Erweiterung des Strafgesetzbuches um die Todesstrafe für den Tatbestand

des „terroristischen Landesverrats“ vor.

Neben der Initiative zur Einführung der Todesstrafe brachte der Staatspräsident im vergangenen September auch einen eigenen Vorschlag zu einem Gesetzesprojekt gegen Sexualstraftäter und Kindermörder ein, das die Todesstrafe für die Vergewaltigung mit Todesfolge Minderjähriger unter sieben Jahren vorsieht.

Lothar Mark merkte bereits bei seinen Gesprächen mit peruanischen Regierungsvertretern im Rahmen seiner jüngsten Reise in den Andenstaat mit deutlichen Worten an, dass die weitere Zusammenarbeit mit Europa, insbesondere die in diesem Jahr beginnenden Verhandlungen der Europäischen Union über ein Freihandelsabkommen mit der Andengemeinschaft, in der Peru Mitgliedsstaat ist, durch die Verabschiedung der Gesetzesentwürfe beeinträchtigt werde. Mark damals: „Ich bin überzeugt, dass die EU die peruanische Entscheidung für eine Erweiterung der Todesstrafe und gegen die gemeinsamen

Werte der Europäischen Union nicht ohne Weiteres hinnehmen wird. Dies zeigt sich auch im Zusammenhang mit den Vorbedingungen im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sehr deutlich“.

Präsident Garcia kündigte indes an, er werde seine Forderung in einer Volksabstimmung durchsetzen. Sollte die peruanische Bevölkerung in einem Referendum den Vorschlag Garcias annehmen, müsste der Interamerikanische Pakt von Costa Rica, der Peru zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet, aufgekündigt werden. Dies hätte unter anderem zur Folge, dass viele Prozesse wegen Menschenrechtsverletzungen gestoppt würden.

„Ein Austritt Perus aus dem Pakt von San José hätte weitreichende Folgen und wäre nicht nur ein großer Rückschritt im Kampf für die volle Einhaltung der Menschenrechte in Peru, für die in den vergangenen Jahren viel erreicht wurde“ so Lothar Mark.



Präsident Alan García

„Die Todesstrafe ist prinzipiell abzulehnen.“

Venezuela: Sondervollmachten für Präsident Chávez



Präsident Chávez bei seiner Rede vor den VN in New York

Das venezolanische Parlament hat Staatspräsident Hugo Chávez Frias für die nächsten achtzehn Monate mit Sondervollmachten ausgestattet. Die Abgeordneten in Caracas stimmten einhellig für die Erteilung von Präsidialdekreten in insgesamt elf Bereichen.

Der Lateinamerikabeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion sieht die Ausstattung des Präsidenten mit diesen weit reichenden Vollmachten kritisch: „Das Entscheiden und Regieren per Präsidialdekret, noch dazu so umfassend und über einen längeren Zeitraum, ohne Möglichkeiten parlamentarischer Kontrolle in wichtigen politischen

Bereichen halte ich für sehr riskant. Auch wenn die Vorgehensweise des Präsidenten formal korrekt sein mag, weckt sie nicht nur aus deutscher Sicht unheilvolle Assoziationen und ist auch unter demokratischen Gesichtspunkten zweifelhaft. Dies gilt umso mehr angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse und des nicht vorhandenen politischen Gegengewichtes“.

Die Opposition äußerte sich ebenfalls kritisch gegenüber der Entscheidung des Parlaments und kündigte an, alles zu tun, um das Sondervollmachten-Gesetz annullieren zu lassen.

Lothar Mark: „Für die Opposition zeigt sich erneut, wie falsch die Entscheidung vom Dezember 2005 war, zu den Parlamentswahlen geschlossen nicht anzutreten. Die Parteien haben in einer verantwortungslosen Weise dadurch nicht nur die Gelegenheit einer - wenngleich auch geringen - parlamentarischen Oppositionsarbeit verwirkt, die jetzt wichtig wäre. Sie haben darüber hinaus den venezolanischen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit genommen, ihre politische Meinung mittels Wahlen zu äußern“. Mark weiter: „Auch für Venezuela gilt, dass ein Wahlboykott letztlich immer die schlechteste Lösung ist.“

Reform des Bildungswesens in Bolivien



Andenpanorama in La Paz

Bolivien's Staatspräsident Evo Morales hat am Dienstag vergangener Woche sein Kabinett umgebildet und dabei sieben Ministerposten neu besetzt. Unter den neu besetzten Ministerämtern ist auch das des Bildungsministers Félix Patzi Paco, der von Víctor Cáceres ersetzt wird, jedoch weiterhin im Regieredienst verbleibt.

Patzi hatte im Rahmen der geplanten Bildungsreform unter anderem mit seiner Ankündigung für Aufregung gesorgt, den Religionsunterricht zu Gunsten von Sprachkursen in den indigenen Sprachen Aymara, Quechua und Guarani streichen zu wollen. Die Reform des bolivianischen Bildungssystems, das in seiner derzeitigen Form erst im Jahr 1994 mit dem Ziel einer edukativen Gleichstellung aller Ethnien und Kulturen eingeführt wurde, war das wichtigste Projekt des ehemaligen Ministers.

Die Vielfaltigkeit der ethnischen Kulturen und ihre Integration in das Bildungssystem stellen seither eine große Herausforderung dar. So ist das erklärte Ziel der angestrebten Reform den Analphabetismus zu bekämpfen und das Bildungsangebot auf eine einheitlichere, breitere Grundlage zu stellen. Neben der

Einführung einer indigenen Sprache wie auch einer Fremdsprache als Pflichtfach, ist unter anderem die Vereinheitlichung der Lehrpläne vorgesehen.

Damit betrifft die vorgesehene Bildungsreform ganz besonders die Zukunft der deutschen Auslandsschulen in Bolivien. Lothar Mark, Lateinamerikabeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion dazu: „Die von der Bundesrepublik geförderten Deutschen Schulen, deren Schüler etwa zu 90 % bolivianische Kinder und Jugendliche sind, leisten einen wichtigen Beitrag zum bolivianischen Erziehungssystem. Sie bieten neben dem bolivianischen auch das deutsche Abitur an, für das jedoch ein intensives Erlernen der deutschen Sprache und an den deutschen Anforderungen ausgerichtete Curricula erforderlich sind. Durch die geplante Vereinheitlichung ist allerdings die unabhängige Tätigkeit und Struktur der deutschen Schulen gefährdet, da für ihre speziellen Lehrpläne kein Platz mehr besteht“.

Das deutsche Abitur ist in dem Sinne von Bedeutung, als dass es den bolivianischen Schülerinnen und Schülern die Voraussetzung für einen direkten Zugang zu deutschen Universitä-

ten ermöglicht. Dies stellt für die bolivianischen Absolventinnen und Absolventen eine große Chance dar, einen angemessenen beruflichen Weg einzuschlagen. Bei seiner Lateinamerikareise traf Mark mit Bildungsminister Patzi zusammen, der ihm zusicherte, dass die deutschen Auslandsschulen erhalten bleiben und im Rahmen der Bildungsreform weiter unterrichten können.

„Die Bemühungen der Regierung um eine Reform des Bildungssystems sind grundsätzlich zu unterstützen, da sie das Ziel haben, allen Bürgern einheitlichen und gleichberechtigten Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Gleichzeitig hoffe ich, dass die Zusicherung von Minister Patzi, der Bedeutung der deutschen Schulen Rechnung zu tragen und ihren wichtigen Platz im bolivianischen Bildungssystem zu erhalten, auch von dem neuen Bildungsminister Cáceres für bedeutsam erachtet wird“, so Mark. „Es ist wichtig, dass deutsche Schulen ihren Beitrag zum bolivianischen Erziehungssystem und zu kulturellem Austausch und Verständigung leisten können“.

„Es ist wichtig, dass deutsche Schulen ihren Beitrag zum bolivianischen Erziehungssystem und zu kulturellem Austausch und Verständigung leisten können“

Innovative und erfolgreiche Unternehmer gesucht

Zum elften Mal ist im Januar der Startschuss für den Wettbewerb „Entrepreneur des Jahres 2007“ gefallen, der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young zusammen mit BMW, manager magazin, FAZ u. a. veranstaltet wird.

Gesucht werden kreative und erfolgreiche Unternehmer in den Kategorien Industrie, Handel, Dienstleistung, Informationstechnologie und Start-up. Die Firmen müssen, sofern es keine Start-ups sind, mindestens 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Bewerbungen können sich mittelständische Unternehmen aller Branchen. Einsendeschluss ist der 31.03.2007.

Zu den Bewertungskriterien der Jury gehören u. a. die Ertrags- und Innovationskraft, die Nachhaltigkeit des Wachstums sowie das Zukunftspotenzial der Bewerber. Eine besondere Rolle kommt auch dem persönlichen Engagement des Unternehmers für Mitarbeiter und Gesellschaft zu. Eine unabhängige, hochrangig besetzte Experten-Jury wählt aus allen Finalisten die „Entrepreneure des Jahres 2007“ aus.

Lothar Mark: „Es ist bemerkenswert, dass die Jury neben betriebswirtschaftlichem Erfolg, den jedes Unternehmen ohne Zweifel braucht, auch das Engagement der Unternehmer für ihre Mitarbeiter bei der Prämierung berücksichtigt. Der faire

und menschliche Umgang mit den Mitarbeitern ist mindestens ebenso wichtig, wie andere Bereiche unternehmerischen Handelns und zeichnet echte Unternehmerpersönlichkeiten aus.“

Die Bestplatzierten werden am 19. Oktober 2007 im Rahmen einer festlichen Gala in der Alten Oper Frankfurt ausgezeichnet. Darüber hinaus tritt der Sieger als deutscher Vertreter bei der Wahl zum „World Entrepreneur of the Year“ an, die im Frühjahr 2008 in Monte Carlo stattfinden wird.

Die Bewerbungsunterlagen sowie weitere Informationen sind unter www.entrepreneur-des-jahres.de abrufbar.



Frankfurter Börse

Sondermarke für Schütte-Lanz?

Der Einsatz von Lothar Mark zugunsten einer Sonderbriefmarke rechtzeitig zum 100. Jubiläum der Gründung der Luftschiffbau-Firma Schütte-Lanz trägt erste Früchte: Auf sein Schreiben an das für Postwertzeichen zuständige Referat im Bundesministerium der Finanzen erfolgte umgehend eine Antwort. Es wurde zugesagt, den Vorschlag Marks in die Planungsunterlagen für das Sondermarken-Programm im

Jubiläumsjahr 2009 aufzunehmen.

Lothar Mark: „Die Herausgabe einer Sondermarke zum 100. Jubiläum der Firma Schütte-Lanz wäre eine späte, aber verdiente Würdigung der Verdienste dieser Firma um die Entwicklung der deutschen Luftfahrt, stand Schütte-Lanz doch immer im Schatten der Konkurrenz aus Friedrichshafen.“

Die „Luftschiffbau Schütte-Lanz OHG“ wurde 1909 in Mannheim gegründet und war - neben dem Konkurrenten Zeppelin aus Friedrichshafen - führendes deutsches Unternehmen beim Bau von Starrluftschiffen. Nach dem ersten Weltkrieg erfolgte jedoch 1922 die Demontage ihrer Produktionsanlagen und 1925 die endgültige Auflösung der Firma.



Schütte-Lanz SL20 im Jahr 1917

dm spendet 15.000 Euro an drei Mannheimer Projekte



Scheckübergabe mit 1. Bürgermeisterin Fürst-Diery (4.v.r.), Bülent Ceylan (5.v.r.) und Lothar Mark.

Die Mannheimer hatten die Wahl: Die Kunden der Drogeriekette dm konnten darüber entscheiden, welches Mannheimer Projekt wie viel der insgesamt 15.000,- Euro an Spendengeldern erhalten sollte. Der Verein „Freunde und Förderer des Herschelbades in Mannheim“ erhielt 6.000,- Euro, die Lothar Mark als Vereinsvorsitzender entgegennahm.

*dm spendet
6000,- Euro
an die
„Freunde und
Förderer des
Herschelbades
in Mannheim“*



Lothar Mark, MdB
Wahlkreisbüro
H2, 4
68159 Mannheim

Telefon: 0621-2 60 50

Fax: 0621 - 15 47 49

E-Mail:

lothar.mark@wk.bundestag.de

Weitere Informationen im Internet:

www.lothar-mark.de

Noch kein Abonnent des Newsletters von Lothar Mark?

Dann schicken Sie einfach eine kurze Nachricht an

lothar.mark@wk.bundestag.de

Diskussionsrunde

mit

*Dagmar Freitag,
MdB*

*Sportpolitische Sprecherin
der SPD-Bundestagsfraktion*

und

Lothar Mark, MdB

zum Thema

Sport – unverzichtbarer Bestandteil unserer modernen Gesellschaft

am

15. 03. 07, 19.30 Uhr

im

Mercure-Hotel am Rathaus,

F 5, 5-13



Telefonsprechstunden mit Lothar Mark:

- Am 13.03. 14.00 Uhr: Sandhofen, Schönau, Blumenau, Sandtorf, Kirschgartshausen, Waldhof, Luzenberg
- 15.00 Uhr: Rheinau, Pfingstberg, Hochstätt, Suebenheim, Friedrichsfeld
- 16.00 Uhr: Feudenheim, Straßenheim, Wallstadt, Neckarstadt-Ost
- Am 13.04. 10.00 Uhr: Gartenstadt, Käfertal, Vogelstang, Neckarstadt-West
- 11.00 Uhr: Neckarau, Lindenhof, Almenhof, Niederfeld, Jungbusch, Innenstadt
- 12.00 Uhr: Seckenheim, Neuostheim, Neuhermsheim, Oststadt mit Schwetzingerstadt